

ABKOMMEN ÜBER WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
den Vereinigten Staaten von Amerika

Einleitung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

in der Erkenntnis, daß die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der Grundsätze individueller Freiheit, freier Einrichtungen und echter Unabhängigkeit in den europäischen Ländern weitgehend beruht auf der Schaffung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse und stabiler internationaler Wirtschaftsbeziehungen sowie darauf beruht, daß die Länder Europas eine gesunde, von außergewöhnlicher Hilfeleistung von außen unabhängige Wirtschaft erreichen,

in der Erkenntnis, daß eine starke und vom Wohlstand getragene europäische Wirtschaft zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen notwendig ist,

in der Erwägung, daß die Erzielung solcher Verhältnisse einen europäischen Wiederaufbauplan der Selbsthilfe und Zusammenarbeit bedingt, an dem alle Nationen, die an einem solchen Plan mitwirken, teilnehmen können und der auf kraftvollen Produktionsanstrengungen, der Erweiterung des Außenhandels, der Schaffung oder Erhaltung finanzieller Stabilität im Innern und dem Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit beruht, einschließlich aller möglichen Maßnahmen zur Schaffung und Aufrechterhaltung gültiger Wechselkurse und des Abbaus der Handelsschranken,

in der Erwägung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung dieser Grundsätze der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Mitglied beigetreten ist, die aufgrund der am 16. April 1948 in Paris unterzeichneten Konvention über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit gebildet wurde, in welcher die Unterzeichner der Konvention dahin übereinkamen, als sofortige Aufgabe die Ausarbeitung und Durchführung eines gemeinsamen Wiederaufbauprogramms vorzunehmen, und

in der weiteren Erwägung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zur Förderung dieser Grundsätze das Gesetz über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 (Economic Cooperation Act of 1948) in seiner geänderten Fassung erlassen hat, das die Hilfeleistung seitens der Vereinigten Staaten von Amerika für alle Nationen vorsieht, die am gemeinsamen Programm für den europäischen Wiederaufbau beteiligt sind, um es diesen Nationen durch ihre individuellen und gemeinsamen eigenen Anstrengungen zu ermöglichen, sich von außergewöhnlicher wirtschaftlicher Hilfeleistung von außen unabhängig zu machen,

in dem Bestreben, die Grundsätze darzulegen, die maßgebend sind für die Hilfeleistung seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für den Empfang solcher Hilfeleistungen durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sowie für die Maßnahmen, welche die beiden Regierungen einzeln und gemeinsam zur Förderung des Wiederaufbaus der Bundesrepublik als integrierenden Bestandteil des gemeinsamen Programms für den europäischen Wiederaufbau ergreifen werden, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(Hilfeleistung und Zusammenarbeit)

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unternimmt es, die Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, indem sie der Bundesrepublik oder einer von dieser bestimmten Person, Behörde oder Organisation Hilfe gewährt gemäß den Bestimmungen, Bedingungen und Befristungen des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948, den

ECONOMIC COOPERATION AGREEMENT

between
The United States of America
and
The Federal Republic of Germany

Preamble

The Government of the United States of America
and

The Government of the Federal Republic of Germany:

Recognizing that the restoration or maintenance in European countries of principles of individual liberty, free institutions, and genuine independence rests largely upon the establishment of sound economic conditions, stable international economic relationships, and the achievement by the countries of Europe of a healthy economy independent of extraordinary outside assistance,

Recognizing that a strong and prosperous European economy is essential for the attainment of the purposes of the United Nations,

Considering that the achievement of such conditions calls for a European recovery plan of self-help and mutual cooperation, open to all nations which cooperate in such a plan, based upon a strong production effort, the expansion of foreign trade, the creation or maintenance of internal financial stability and the development of economic cooperation, including all possible steps to establish and maintain valid rates of exchange and to reduce trade barriers,

Considering that in furtherance of these principles the Government of the Federal Republic of Germany has become a member of the Organization for European Economic Cooperation, created pursuant to the provisions of a Convention for European Economic Cooperation signed at Paris on April 16, 1948, under which the signatories of that Convention agreed to undertake as their immediate task the elaboration and execution of a joint recovery program,

Considering also that, in furtherance of these principles, the Government of the United States of America has enacted the Economic Cooperation Act of 1948 as amended providing for the furnishing of assistance by the United States of America to nations participating in a joint program for European recovery, in order to enable such nations through their own individual and concerted efforts to become independent of extraordinary outside economic assistance,

Desiring to set forth the understandings which govern the furnishing of assistance by the Government of the United States of America, the receipt of such assistance by the Federal Republic of Germany, and the measures which the two Governments will take individually and together in furthering the recovery of the Federal Republic as an integral part of the joint program for European recovery;

Have agreed as follows:

Article I

(Assistance and Cooperation)

1. The Government of the United States of America undertakes to assist the Federal Republic of Germany by making available to the Government of the Federal Republic or to any person, agency or organization designated by the latter Government, aid under the terms, conditions and termination provisions of the Economic Cooperation Act of 1948, acts

dazugehörigen Abänderungs- und Ergänzungsgesetzen und den darauf gegründeten Bewilligungsgesetzen. Diese Hilfeleistung wird erfolgen aufgrund von Anträgen der Regierung der Bundesrepublik und deren Genehmigung durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika; sie wird nur aus solchen Waren, Dienstleistungen und anderen Hilfeleistungen bestehen, die nach den vorstehenden Gesetzen zur Verfügung gestellt werden dürfen. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unternimmt ferner, der Bundesrepublik Hilfe zu gewähren aufgrund der entsprechenden Bestimmungen der Bewilligungsgesetze für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete (Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas).

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird, indem sie im eigenen Namen und durch die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit und in Übereinstimmung mit der am 16. April 1948 in Paris unterzeichneten Konvention über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit handelt, gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten anhaltende Anstrengungen machen, um durch ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm möglichst bald die wirtschaftlichen Bedingungen in Europa zu schaffen, die für einen dauerhaften Frieden und Wohlstand wesentlich sind und um es den Ländern Europas, die an diesem Wiederaufbauprogramm mitwirken, zu ermöglichen, während der Dauer dieses Abkommens unabhängig von außergewöhnlicher wirtschaftlicher Hilfe von außen zu werden. Die Regierung der Bundesrepublik versichert, daß sie alles tun wird, um die Bestimmungen der allgemeinen Verpflichtungen der Konvention über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit durchzuführen, daß sie weiterhin tatkräftig an der Arbeit der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit mitwirken und an den Zielen und Grundsätzen des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung festhalten wird.

3. Mit Ausnahme von bedingter Hilfe begründen alle der Bundesrepublik Deutschland aufgrund dieses Abkommens gewährten Hilfeleistungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Forderung gegen Deutschland. Soweit Ausgaben aus dem ERP-Sonderkonto erfolgen, welches gemäß Artikel IV dieses Abkommens für Zwecke, die in Ziffer 3 und 4 des genannten Artikels festgelegt sind, und für Zwecke, die nicht unmittelbar der deutschen Wirtschaft oder der deutschen Bevölkerung zugute kommen, errichtet ist, ist die Forderung gegen Deutschland auf einen diesen Ausgaben entsprechenden Betrag herabzusetzen. Soweit Ausgaben aus dem gemäß Artikel V dieses Abkommens errichteten GARIOA-Sonderkonto erfolgen, werden zum Zeitpunkt der endgültigen Regelung der gegen Deutschland bestehenden Forderung der Vereinigten Staaten von Amerika all die Beträge gutgeschrieben, von denen zu diesem Zeitpunkt festgestellt wird, daß sie nicht zugunsten der deutschen Wirtschaft oder der deutschen Bevölkerung verwendet wurden. Die Exporterlöse aus der gesamten künftigen Produktion und aus Lagerbeständen der Bundesrepublik werden für die Bezahlung der Hilfeleistungen, die gemäß dem Abkommen bereitgestellt worden sind, verfügbar sein. Sobald es mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft der Bundesrepublik nach gesunden, friedlichen Grundsätzen vereinbar ist, sollen diese Erlöse für solche Zahlungen verwendet werden, und zwar auf einer Grundlage, die für die Vereinigten Staaten von Amerika keinesfalls ungünstiger sein darf, als sie den Vereinigten Staaten von Amerika oder dem Vereinigten Königreich zugestanden worden ist für Aufwendungen gemäß dem Memorandum über das Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich vom 2. Dezember 1946 in der revidierten und ergänzten Form betreffend die wirtschaftliche Vereinigung der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland.

4. Hinsichtlich der von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Bundesrepublik Deutschland geleisteten und aus Gebieten außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Territorien und Besitzungen beschafften Hilfe wird die Regierung der Bundesrepublik mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, daß die Beschaffung zu angemessenen Preisen und Bedingungen erfolgt, und zwar derart, daß die Dollarbeträge, die somit dem Land zufließen, aus welchem die Hilfe beschafft worden ist, in Übereinstimmung mit allen Vereinbarungen verwendet werden, die von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem betreffenden Land getroffen wurden.

amendatory and supplementary thereto and appropriation acts thereunder. Such aid will be provided upon the approval by the Government of the United States of America of requests made by the Government of the Federal Republic and will consist of only such commodities, services and other assistance as are authorized to be made available by the above acts. The Government of the United States of America undertakes further to extend assistance to the Federal Republic under applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas.

2. The Government of the Federal Republic of Germany, acting individually and through the Organization for European Economic Cooperation, consistently with the Convention for European Economic Cooperation signed at Paris on April 16, 1948 will exert sustained efforts in common with other participating countries speedily to achieve through a joint recovery program economic conditions in Europe essential to lasting peace and prosperity and to enable the countries of Europe participating in such a joint recovery program to become independent of extraordinary outside economic assistance within the period of this Agreement. The Government of the Federal Republic affirms its intention to take action to carry out the provisions of the general obligations of the Convention for European Economic Cooperation, to continue to participate actively on the work of the Organization for European Economic Cooperation, and to continue to adhere to the purposes and policies of the Economic Cooperation Act of 1948 as amended.

3. All assistance except conditional aid furnished by the Government of the United States of America to the Federal Republic of Germany pursuant to this Agreement shall constitute a claim against Germany. To the extent that expenditures are made from the ERP Special Account established under Article IV of this Agreement for the purposes set forth in paragraphs 3 and 4 of that Article and for purposes not of direct benefit to the German economy or the German people, such claim against Germany shall be reduced in an amount commensurate with such expenditures. To the extent that expenditures are made from the GARIOA Special Account established under Article V of this Agreement, credit will be given, at the time of final settlement of the claim of the United States of America against Germany, for any amounts expended for purposes which are then determined not to have been for the benefit of the German economy or the German people. The proceeds of exports from all future production and stocks of the Federal Republic will be available for payment for assistance made available pursuant to this Agreement. At the earliest practicable time consistent with the rebuilding of the economy of the Federal Republic on healthy, peaceful lines, such proceeds shall be applied for such payment on a basis not less favorable to the United States than that accorded the United States or the United Kingdom for costs incurred pursuant to the memorandum of agreement between the United States and the United Kingdom dated 2 December 1946, as revised and supplemented, relating to the economic integration of the United States and United Kingdom Zones of Germany.

4. With respect to assistance furnished by the Government of the United States of America to the Federal Republic of Germany and procured from areas outside the United States of America, its territories and possessions, the Government of the Federal Republic will cooperate with the Government of the United States of America in ensuring that procurement will be effected at reasonable prices and on reasonable terms and so as to arrange that the dollars thereby made available to the country from which the assistance is procured are used in a manner consistent with any arrangements made by the Government of the United States of America with such country.

Artikel II

(Allgemeine Verpflichtungen)

1. Um durch die Verwendung der von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erhaltenen Hilfeleistungen den höchsten Grad des Wiederaufbaues zu erzielen, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihr möglichstes tun, um

a. diejenigen Anordnungen zu treffen oder beizubehalten, die notwendig sind, um eine wirksame und zweckmäßige Verwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Hilfsquellen zu gewährleisten, einschließlich

(1) derjenigen Maßnahmen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß die durch Hilfeleistungen aufgrund dieses Abkommens gelieferten Waren und Dienstleistungen für solche Zwecke verwendet werden, die mit diesem Abkommen und, soweit durchführbar, mit den allgemeinen Zielen vereinbar sind, die in Jen von der Regierung der Bundesrepublik unterbreiteten Plänen zur Begründung der Anforderung von Hilfeleistungen seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika umrissen werden,

(2) der Beobachtung und Überprüfung der Verwendung dieser Hilfsquellen durch ein wirksames, von der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit genehmigtes Kontrollsystem,

b. die industrielle und landwirtschaftliche Produktion auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage zu entwickeln, Produktionsziele zu erreichen, die von der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmt werden, und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf Wunsch ausführliche Vorschläge für besondere Projekte vorzulegen, die die Regierung der Bundesrepublik im wesentlichen mit der aufgrund dieses Abkommens geleisteten Hilfe durchzuführen beabsichtigt, einschließlich, wenn immer tunlich, solcher Projekte, die eine Steigerung der Kohlenförderung sowie der Produktion von Transportmitteln und Nahrungsmitteln zum Ziel haben,

c. die Währung zu stabilisieren, einen gültigen (valid) Wechselkurs herbeizuführen oder aufrechtzuerhalten, die Haushaltspläne der Regierung sobald als möglich auszugleichen, stabile finanzielle Verhältnisse im Innern zu schaffen oder aufrechtzuerhalten und das Vertrauen in das Währungssystem im allgemeinen wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten und

d. mit anderen Teilnehmerstaaten gemeinsam zu arbeiten an der Erleichterung und Förderung eines erhöhten Austausches von Waren und Dienstleistungen unter den Teilnehmerstaaten und mit anderen Ländern sowie am Abbau der öffentlichen und privaten Handelsschranken zwischen den Teilnehmerstaaten und im Verkehr mit anderen Ländern.

2. Unter Berücksichtigung des Artikels VIII des Abkommens über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, welcher den vollständigen und wirksamen Einsatz der in den Teilnehmerstaaten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte vorsieht, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Vorschläge, welche die größtmögliche Auswertung der in den Teilnehmerstaaten vorhandenen Arbeitskräfte zur Förderung der Ziele dieses Abkommens zum Gegenstand haben, verständnisvoll berücksichtigen, einschließlich solcher Vorschläge, die in Verbindung mit der internationalen Flüchtlingsorganisation vorgebracht werden.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird geeignete Maßnahmen ergreifen und mit den anderen Teilnehmerstaaten zusammenarbeiten, um Geschäftspraktiken oder Geschäftsabmachungen seitens privater oder öffentlicher Handelsunternehmen im internationalen Handel zu verhindern, die den freien Wettbewerb einschränken, den Zugang zu den Märkten beschränken oder eine monopolistische Kontrolle begünstigen, wo immer diese Praktiken oder Abmachungen sich so auswirken, daß sie die Durchführung des gemeinsamen europäischen Wiederaufbauprogramms beeinträchtigen.

Artikel III

(Garantien)

1. Soweit ausländische private Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland gestattet sind, werden die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik auf Verlangen einer der beiden Regierungen sich über die Projekte in der Bundesrepublik beraten, die von Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen werden und aufgrund deren die Regierung der Vereinigten Staaten

Article II

(General Undertakings)

1. In order to achieve the maximum recovery through the employment of assistance received from the Government of the United States of America, the Government of the Federal Republic of Germany will use its best endeavors:

a. To adopt or maintain the measures necessary to ensure efficient and practical use of all the resources available to it, including

(1) such measures as may be necessary to ensure that the commodities and services obtained with assistance furnished under this Agreement are used for purposes consistent with this Agreement and, as far as practicable, with the general purposes outlined in the schedules furnished by the Government of the Federal Republic in support of the requirements of assistance to be furnished by the Government of the United States of America; and

(2) the observation and review of the use of such resources through an effective follow-up system approved by the Organization for European Economic Cooperation.

b. To promote the development of industrial and agricultural production on a sound economic basis to achieve such production targets as may be established through the Organization for European Economic Cooperation and when desired by the Government of the United States of America to communicate to that Government detailed proposals for specific projects contemplated by the Government of the Federal Republic to be undertaken in substantial part with assistance made available pursuant to this Agreement, including whenever practicable projects for increased production of coal, transportation facilities and food,

c. To stabilize its currency, establish or maintain a valid rate of exchange, balance its governmental budgets as soon as practicable, create or maintain internal financial stability, and generally restore or maintain confidence in its monetary system; and

d. To cooperate with other participating countries in facilitating and stimulating an increasing interchange of goods and services among the participating countries and with other countries and in reducing public and private barriers to trade among themselves and with other countries.

2. Taking into account Article VIII of the Convention for European Economic Cooperation looking toward the full and effective use of manpower available in the participating countries, the Government of the Federal Republic of Germany will accord sympathetic consideration to proposals, including proposals made in conjunction with the International Refugee Organization, directed to the largest practicable utilization of manpower available in any of the participating countries in furtherance of the accomplishment of the purposes of this Agreement.

3. The Government of the Federal Republic of Germany will take appropriate measures and will cooperate with other participating countries, to prevent, on the part of private or public commercial enterprises, business practices or business arrangements effecting international trade which restrain competition, limit access to markets or foster monopolistic control whenever such practices or arrangements have the effect of interfering with the achievement of the joint program of European recovery.

Article III

(Guaranties)

1. To the extent that foreign private investment is permitted in the Federal Republic of Germany, the Governments of the United States of America and the Federal Republic will, upon the request of either Government, consult respecting projects in the Federal Republic proposed by nationals of the United States of America and with regard to which the Government of the United States of America may appropriately make

von Amerika rechtmäßig Garantien für den Währungstransfer gemäß Artikel 111 (b) (3) des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung gewähren kann.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist damit einverstanden, daß, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Zahlungen in amerikanischen Dollars an irgendeine Person im Sinne einer solchen Garantie leistet, Beträge oder Kredite in Deutscher Mark, die an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß dem in Ziffer 1 angeführten Artikel abgetreten oder überwiesen werden, als Eigentum der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt werden; sämtliche Rechte, Eigentumstitel, Forderungen oder klagbaren Ansprüche, die hinsichtlich solcher Beträge oder Kredite in Deutscher Mark bestehen, gehen demgemäß auf die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über.

Artikel IV

(ERP-Sonderkonto)

1. Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf jede Art von Hilfeleistung Anwendung, die aufgrund des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gewährt wird, erstrecken sich aber nicht auf bedingte Hilfeleistungen oder Garantien.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird bei der Bank deutscher Länder auf den Namen der Regierung der Bundesrepublik ein Sonderkonto errichten (im folgenden ERP-Sonderkonto genannt) und auf dieses Konto folgende Einlagen in Deutscher Mark vornehmen:

a. das bei Geschäftsschluß am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens vorhandene Guthaben auf dem Sonderkonto, das bei der Bank deutscher Länder auf den Namen der Militärgouverneure gemäß dem Abkommen vom 14. Juli 1948 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den die Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland vertretenden Militärgouverneuren der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland errichtet wurde;

b. das bei Geschäftsschluß am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens vorhandene Guthaben auf dem Sonderkonto, das bei der Bank deutscher Länder auf den Namen des französischen Oberkommandierenden gemäß dem Abkommen vom 9. Juli 1948 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem die französische Besatzungszone in Deutschland vertretenden Oberkommandierenden errichtet wurde;

c. alle Beträge, die in Erfüllung der von der Regierung der Bundesrepublik gemäß Artikel XII dieses Abkommens übernommenen Verbindlichkeiten nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens auf die in Absatz a. und b. dieses Artikels genannten Konten eingezahlt werden müssen; und

d. Beträge in Deutscher Mark im entsprechenden Verhältnis zu den in Rechnung gestellten Dollarkosten, die der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika entstanden sind für Waren, Dienstleistungen und technische Informationen (einschließlich aller Bearbeitungs-, Lagerungs-, Transport- und Reparaturkosten oder anderer hiermit verbundener Dienstleistungen), welche der Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Gesetz über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung in Gestalt von Hilfeleistungen, jedoch nicht als bedingte Hilfe oder als Garantien, nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird von Zeit zu Zeit der Regierung der Bundesrepublik eine Benachrichtigung über die in Rechnung gestellten Dollarkosten aller solcher Waren, Dienstleistungen und technischen Informationen zugehen lassen; die DM-Beträge, die diesen in Rechnung gestellten Dollarkosten entsprechen, sind folgendermaßen zu ermitteln: Bis zur Festsetzung eines offiziellen, effektiven Handels-Wechselkursverhältnisses zwischen Dollar und Deutscher Mark wird die Regierung der Bundesrepublik nach Erhalt einer solchen Benachrichtigung die DM-Beträge auf das ERP-Sonderkonto einzahlen, die zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik vereinbart worden sind. Die Berechnung dieser Beträge wird nach dem jeweiligen offiziellen Umwechslungssatz erfolgen, es sei denn, daß die zuständigen Dienststellen eine andere Vereinbarung getroffen haben. Einzahlungen auf das ERP-Sonder-

guaranties of currency transfer under Section 111 (b) (3) of the Economic Cooperation Act of 1948 as amended.

2. The Government of the Federal Republic of Germany agrees that if the Government of the United States of America makes payment in United States dollars to any person under such a guaranty, any Deutsche Mark, or credits in Deutsche Mark, assigned or transferred to the Government of the United States of America pursuant to that Section shall be recognized as property of the Government of the United States of America, and the Government of the United States will accordingly be subrogated to any right, title, claim or cause of action existing in connection with such Deutsche Mark or credits in Deutsche Mark.

Article IV

(ERP Special Account)

1. The provisions of this Article shall apply with respect to all assistance which may be furnished by the Government of the United States of America under the authority of the Economic Cooperation Act of 1948, as amended, other than as conditional aid or guaranties.

2. The Government of the Federal Republic of Germany will establish a special account (hereinafter called the ERP Special Account) in the Bank Deutscher Laender in the name of the Government of the Federal Republic and will make deposits in Deutsche Mark to this account as follows:

a. The balance at the close of business on the effective date of this Agreement in the Special Account established in the Bank Deutscher Laender in the name of the Military Governors pursuant to the Agreement between the Government of the United States of America and the United States and United Kingdom Military Governors in Germany, acting on behalf of the United States and United Kingdom Occupied Areas in Germany, made on July 14, 1948.

b. The balance at the close of business on the effective date of this Agreement in the Special Account, now established in the Bank Deutscher Laender in the name of the French Commander-in-Chief pursuant to the Agreement between the Government of the United States of America and the French Commander-in-Chief in Germany, acting on behalf of the French Zone of Occupation of Germany, made on July 9, 1948;

c. All amounts required to be deposited in the accounts referred to in paragraphs (a) and (b) of this Section, after the effective date of this Agreement, in fulfillment of obligations assumed by the Government of the Federal Republic under Article XII of this Agreement; and

d. Amounts in Deutsche Mark commensurate with the indicated dollar cost to the Government of the United States of America or commodities, services and technical information (including any costs of processing, storing, transporting, repairing, or other services, incident thereto) made available after the effective date of this Agreement, to the Federal Republic of Germany in the form of assistance under the Economic Cooperation Act of 1948, as amended other than as conditional aid or guaranties. The Government of the United States of America shall from time to time notify the Government of the Federal Republic of the indicated dollar costs of any such commodities, services, and technical information, and the amounts in Deutsche Mark commensurate with such indicated dollar costs shall be determined in the following manner: Pending the establishment of an official effective commercial rate of exchange between the dollar and the Deutsche Mark the Government of the Federal Republic will, upon receipt of such notification, deposit in the ERP Special Account amounts of Deutsche Mark as agreed upon between the Government of the United States and the Government of the Federal Republic. These amounts will be computed at the current official conversion factor, unless otherwise agreed upon by the competent authorities. Deposits in the ERP Special

konto, die aufgrund einer Benachrichtigung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen, nachdem ein offizieller, effektiver Handels-Wechselkurs festgesetzt worden ist, sollen aus DM-Beträgen bestehen, die nach diesem Kurs errechnet sind.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland von Zeit zu Zeit von ihrem Bedarf für Verwaltungsaufwendungen in Deutscher Mark innerhalb der Bundesrepublik, die bei der Durchführung des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung entstehen, benachrichtigen, und die Regierung der Bundesrepublik wird daraufhin aus allen Guthaben auf dem ERP-Sonderkonto die betreffenden Beträge in der Weise zur Verfügung stellen, wie es von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Benachrichtigung gefordert wird.

4. Fünf Prozent einer jeden Einzahlung aufgrund dieses Artikels sollen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für ihre Aufwendungen in der Bundesrepublik Deutschland zugeteilt werden, und zwar einschließlich von Aufwendungen für die Erzielung und die Förderung einer Produktionssteigerung bei Materialien, die von den Vereinigten Staaten infolge der Unzulänglichkeit oder der möglicherweise auftretenden Unzulänglichkeit ihrer eigenen Hilfsquellen benötigt werden; Beträge, die gemäß Ziffer 3 dieses Artikels zur Verfügung gestellt werden, gehen zunächst zu Lasten der Summen, die aufgrund dieser Ziffer zugewiesen werden.

5. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird weiterhin aus allen Guthaben auf dem ERP-Sonderkonto DM-Beträge zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um die Transportkosten (einschließlich Hafen-, Lagerungs-, Manipulations- und ähnlicher Kosten) aller in Artikel VIII genannten Hilfslieferungen und -sendungen von jedem Grenzübergangsort der Bundesrepublik bis zu dem vom Empfänger bestimmten Ablieferungsort zu decken.

6. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann von allen auf ERP-Sonderkonto verbleibenden Guthaben Abhebungen für diejenigen Zwecke vornehmen, die mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von Zeit zu Zeit vereinbart werden. Bei der Erwägung der von der Regierung der Bundesrepublik eingebrachten Vorschläge für Abhebungen von dem ERP-Sonderkonto wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Notwendigkeit der Förderung und Aufrechterhaltung der inneren Stabilität der Währung und der Finanzen in der Bundesrepublik, der Notwendigkeit einer Belebung der Produktionstätigkeit und des internationalen Handels sowie der Erschließung und Entwicklung neuer Wohlstandsquellen in der Bundesrepublik Rechnung tragen, wozu insbesondere gehören:

a. Ausgaben für Projekte oder Programme, einschließlich solcher, die Teile eines umfassenden Programms für die Entwicklung der Produktionskapazität der Bundesrepublik und der anderen Teilnehmerstaaten sind, sowie für Projekte oder Programme, deren im Ausland entstehende Kosten durch Hilfeleistungen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung oder auf andere Weise oder durch Darlehen seitens der Internationalen Wiederaufbaubank (International Bank for Reconstruction and Development) gedeckt werden;

b. Ausgaben für die Erschließung und Entwicklung zusätzlicher Produktion von Materialien, die von den Vereinigten Staaten von Amerika aus Gründen der Unzulänglichkeit oder der möglichen Unzulänglichkeit der eigenen Hilfsquellen benötigt werden; und

c. eine wirksame Verringerung der öffentlichen Schuld, insbesondere der Schuld in den Händen der Bank deutscher Länder oder anderer Bankinstitute.

7. Jedes unbelastete Guthaben mit Ausnahme der gemäß Ziffer 4 dieses Artikels zugeteilten nichtverausgabten Beträge, das bis zum 30. Juni 1952 auf dem ERP-Sonderkonto verbleibt, wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland für solche Zwecke verwendet werden über die in der Folgezeit zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik ein Einverständnis erzielt wird, wobei das Einverständnis der Vereinigten Staaten selbstverständlich der Genehmigung durch Gesetzesakt oder durch einen gemeinsamen Beschluß beider Häuser des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika bedarf.

Account made upon notification by the Government of the United States, after an official effective commercial rate of exchange has been established, will be amounts of Deutsche Mark computed at said rate.

3. The Government of the United States of America will from time to time notify the Government of the Federal Republic of Germany of its requirements for administrative expenditures in Deutsche Mark within the Federal Republic incident to operations under the Economic Cooperation Act of 1948 as amended, and the Government of the Federal Republic will thereupon make such sums available out of any balances in the ERP Special Account in the manner requested by the Government of the United States of America in the notification.

4. Five percent of each deposit made pursuant to this Article shall be allocated to the use of the Government of the United States of America for its expenditures in the Federal Republic of Germany, including expenditures for procuring and stimulating increased production of materials which are required by the United States as a result of deficiencies or potential deficiencies in its own resources, and sums made available pursuant to paragraph 3 of this Article shall first be charged to the amounts allocated under this paragraph.

5. The Government of the Federal Republic of Germany will further make such sums of Deutsche Mark available out of any balances in the ERP Special Account as may be required to cover costs (including port, storage, handling, and similar charges) of transportation from any point of entry in the Federal Republic to the consignee's designated point of delivery in the Federal Republic of such relief supplies and packages as are referred to in Article VIII.

6. The Government of the Federal Republic of Germany may draw upon any remaining balance in the ERP Special Account for such purposes as may be agreed from time to time with the Government of the United States of America. In considering proposals put forward by the Government of the Federal Republic for drawings from the ERP Special Account, the Government of the United States of America will take into account the need for promoting or maintaining internal monetary and financial stabilization in the Federal Republic and for stimulating productive activity and international trade and the exploration for and development of new sources of wealth within the Federal Republic, including in particular:

a. Expenditures upon projects or programs, including those which are part of a comprehensive program for the development of the productive capacity of the Federal Republic and the other participating countries, and projects or programs the external costs of which are being covered by assistance rendered by the Government of the United States of America under the Economic Cooperation Act of 1948 as amended, or otherwise, or by loans from the International Bank for Reconstruction and Development;

b. Expenditures upon the exploration for and development of additional production of materials which may be required in the United States of America because of deficiencies or potential deficiencies in the resources of the United States of America; and

c. Effective retirement of the public debt, especially debt held by the Bank Deutscher Länder or other banking institutions.

7. Any unencumbered balance, other than unexpended amounts allocated under paragraph 4 of this Article, remaining in the ERP Special Account on June 30, 1952, shall be disposed of within the Federal Republic of Germany for such purposes as may hereafter be agreed between the Government of the United States of America and the Federal Republic, it being understood that the Agreement of the United States of America shall be subject to approval by act or joint resolution of the Congress of the United States of America.

Artikel V (GARIOA-Sonderkonto)

1. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten bezüglich jeder Hilfeleistung, die von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund der entsprechenden Bestimmungen von Bewilligungsgesetzen für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete gewährt wird.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird bei der Bank deutscher Länder auf den Namen der Regierung der Bundesrepublik ein Sonderkonto (im folgenden GARIOA-Sonderkonto genannt) errichten und auf dieses Konto die folgenden DM-Beträge einzahlen:

a. Jedwedes Guthaben, welches das sogenannte Unterkonto für Erlöse aus GARIOA-Einfuhren (Proceeds of GARIOA-Imports Sub-Account) des Kontos der Militärgouverneure (US/UK) für gestundete Einfuhrerlöse (Military Governors for Germany US/UK Proceeds from Deferred Payments Import Account) bei der Bank deutscher Länder bei Geschäftsschluß am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens ausweist.

b. Alle Beträge, deren Einzahlung in Erfüllung der von der Regierung der Bundesrepublik nach Artikel 133 des Grundgesetzes übernommenen Verbindlichkeiten am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens fällig ist oder nach diesem Tage fällig wird, sofern diese Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Maßnahmen für die Hilfeleistung an Deutschland stehen, die nach den entsprechenden Bestimmungen der Bewilligungsgesetze für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete genehmigt sind; und

c. Beträge in Deutscher Mark, die den in Rechnung gestellten Dollarkosten der Regierung der Vereinigten Staaten für Waren und Dienstleistungen (einschließlich sämtlicher Bearbeitungs-, Lager-, Transport-, Reparatur- oder anderer damit verbundener Kosten) entsprechen, welche der Bundesrepublik Deutschland nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens aufgrund der entsprechenden Bestimmungen der Bewilligungsgesetze für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird von Zeit zu Zeit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die in Rechnung gestellten Dollarkosten solcher Waren und Dienstleistungen mitteilen, und die diesen in Rechnung gestellten Kosten entsprechenden DM-Beträge werden nach der in Artikel IV (2) d. festgesetzten Weise bestimmt werden.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland von Zeit zu Zeit ihren Bedarf an DM-Ausgaben mitteilen, die aus dem GARIOA-Sonderkonto zu bezahlen sind, und die Regierung der Bundesrepublik wird daraufhin diese Summen aus irgendwelchen Guthaben auf dem GARIOA-Sonderkonto in der Weise zur Verfügung stellen, wie sie von der Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Mitteilung gewünscht wird.

4. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann von jedem verbleibenden Guthaben auf dem GARIOA-Sonderkonto Beträge für Zwecke abheben, über die von Zeit zu Zeit mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ein Einverständnis erzielt wird. Bei der Prüfung von Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik für Abhebungen von dem GARIOA-Sonderkonto wird die Regierung der Vereinigten Staaten die allgemeinen Gesichtspunkte, die in Artikel IV (6) dieses Abkommens zum Ausdruck gebracht sind, in Betracht ziehen.

Artikel VI (Zugang zu Materialien)

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird an die Vereinigten Staaten von Amerika die Lieferung von aus dem Gebiet der Bundesrepublik herrührenden Materialien, die von den Vereinigten Staaten von Amerika infolge der Unzulänglichkeit oder der möglichen Unzulänglichkeit der eigenen Hilfsquellen zur Vorratbildung oder zu sonstigen Zwecken benötigt werden, fördern und zu angemessenen Bedingungen in Bezug auf den Verkauf, Einwechslung, Tausch und so weiter in den Mengen und für den Zeitraum vornehmen, wie dies zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik unter gebührender Berücksichtigung der angemessenen Erfordernisse für den eigenen Bedarf der Bundesrepublik und für den handelsmäßigen Export dieser Materialien vereinbart wird. Die Regierung der Bundesrepublik wird bestimmte Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um die Bestimmungen dieser Ziffer durchzuführen, ein-

Article V (GARIOA Special Account)

1. The provisions of this Article shall apply with respect to all assistance which may be furnished by the Government of the United States of America under the authority of the applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas.

2. The Government of the Federal Republic of Germany will establish a special account (hereinafter called the GARIOA Special Account) in the Bank Deutscher Laender in the name of the Government of the Federal Republic and will make deposits in Deutsche Mark to this account as follows:

a. Any balance at the close of business on the effective date of this Agreement in the special account in the Bank Deutscher Laender entitled „Proceeds of GARIOA Imports sub-Account“ of „Military Governors for Germany (US/UK) Proceeds from Deferred Payments Import Account“;

b. All amounts due for deposit as of the effective date of this Agreement, or which may become due after such date, in fulfillment of the obligations assumed by the Government of the Federal Republic under Article 133 of the Basic Law for the Federal Republic, insofar as such obligations are related to arrangements for the provision of assistance to Germany authorized under applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas; and

c. Amounts in Deutsche Mark commensurate with the indicated dollar cost to the Government of the United States of commodities and services (including any costs of processing, storing, transporting, repairing, or other services incident thereto) made available after the effective date of this Agreement, to the Federal Republic of Germany under the authority of applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas. The Government of the United States of America shall from time to time notify the Government of the Federal Republic of the indicated dollar costs of any such commodities and services, and the amounts in Deutsche Mark commensurate with such indicated dollar costs shall be determined in the manner set forth in Article IV (2) (d).

3. The Government of the United States of America will from time to time notify the Government of the Federal Republic of Germany of expenditures in Deutsche Mark to be paid from the GARIOA Special Account, and the Government of the Federal Republic will thereupon make such sums available out of any balances in the GARIOA Special Account in the manner requested by the Government of the United States of America in the notification.

4. The Government of the Federal Republic of Germany may draw upon any remaining balance in the GARIOA Special Account for such purposes as may be agreed from time to time with the Government of the United States of America. In considering proposals put forward by the Government of the Federal Republic for drawings from the GARIOA Special Account, the Government of the United States of America will take into account the general considerations set forth in Article IV (6) of this Agreement.

Article VI (Access to Materials)

1. The Government of the Federal Republic of Germany will facilitate the transfer to the United States of America, for stock piling or other purposes, of materials originating in the Federal Republic which are required by the United States of America as a result of deficiencies or potential deficiencies in its own resources, upon such reasonable terms of sale, exchange, barter or otherwise, and in such quantities, and for such period of time, as may be agreed to between the Governments of the United States of America and the Federal Republic, after due regard for the reasonable requirements of the Federal Republic, for domestic use and commercial export of such materials. The Government of the Federal Republic will take such specific measures as may be necessary to carry out the provisions of this paragraph, including the

schließlich der Förderung einer gesteigerten Produktion dieser Materialien innerhalb der Bundesrepublik und der Beseitigung aller Hindernisse hinsichtlich der Lieferung dieser Materialien nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Regierung der Bundesrepublik wird auf Ansuchen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Verhandlungen über ins einzelne gehende Vereinbarungen aufnehmen, die zur Durchführung der Bestimmungen dieser Ziffer notwendig sind.

2. In Anerkennung des Billigkeitsprinzips hinsichtlich der Beanspruchung der natürlichen Hilfsquellen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Teilnehmer-Staaten wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf Ersuchen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, wo immer dies angängig, in Verhandlungen eintreten über

a. einen künftigen Plan, aufgrund dessen den Vereinigten Staaten von Amerika ein Mindestmaß an künftigen Einkäufen und Lieferungen eines angemessenen Anteils an Materialien, die aus der Bundesrepublik herrühren und von den Vereinigten Staaten von Amerika infolge der Unzulänglichkeit oder der möglichen Unzulänglichkeit der eigenen Hilfsquellen zu Weltmarktpreisen benötigt werden, zur Verfügung gestellt wird, um so der Industrie der Vereinigten Staaten den Zugang zu einem gebührenden Anteil an solchen Materialien aus der Bundesrepublik entweder in Prozenten der Produktion oder in absoluten Mengen zu sichern;

b. Maßnahmen, die Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika oder Aktiengesellschaften, Handelsgesellschaften oder anderen Gesellschaften, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika oder einer ihrer Staaten oder Territorien gegründet sind und die sich wesentlich im wirtschaftlichen Eigentum von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika befinden, angemessenen Schutz für ihren Anspruch auf Beteiligung an der Entwicklung der Produktion dieser Materialien zu den gleichen Bedingungen wie den Staatsangehörigen der Bundesrepublik gewähren; und

c. einen vereinbarten Plan bezüglich der Steigerung der Produktion dieser Materialien, wo angängig, in der Bundesrepublik und bezüglich der Lieferung eines vereinbarten Prozentsatzes dieser erhöhten Produktion zur Übertragung an die Vereinigten Staaten von Amerika auf langfristiger Basis in Anbetracht der von den Vereinigten Staaten im Sinne dieses Abkommens geleisteten Hilfe.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auf Ersuchen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, wo dies angängig erscheint, an der Förderung der in Ziffer 1 und 2 dieses Artikels festgelegten Ziele hinsichtlich der Materialien mitwirken, die aus außerhalb der Bundesrepublik liegenden Gebieten stammen.

Artikel VII

(Berlinhilfe)

Die Bundesrepublik wird dem amerikanischen, dem britischen und dem französischen Sektor in Berlin im größtmöglichen Ausmaß die Hilfe angedeihen lassen, die aufgrund von Beratungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Stadt Berlin für die wirtschaftliche Erhaltung und Entwicklung dieses Gebietes als erforderlich festgesetzt wird.

Artikel VIII

(Abmachungen über Reiseverkehr und karitative Sendungen)

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenwirken, um eine Förderung und Entwicklung des Reiseverkehrs von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika nach den Teilnehmerstaaten und innerhalb derselben zu erleichtern und zu unterstützen.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auf Wunsch der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Verhandlungen über Vereinbarungen (einschließlich einer Bestimmung über zollfreie Behandlung unter entsprechenden Sicherungen) einleiten, die geeignet sind, sowohl im Falle von karitativen Sendungen, die für freiwillige, nicht auf Erwerb gezielte Wohlfahrtseinrichtungen der Vereinigten Staaten von Amerika gestiftet oder von solchen gekauft werden, als auch im Falle von karitativen Sendungen, die aus den Vereinigten Staaten von Amerika stammen und an in der Bundesrepublik wohnhafte Einzelpersonen gerichtet sind, die Einfuhr in die Bundesrepublik leichter zu gestalten,

promotion of the increased production of such materials within the Federal Republic, and the removal of any hindrances to the transfer of such materials to the United States of America. The Government of the Federal Republic will, when so requested by the Government of the United States of America, enter into negotiations for detailed arrangements necessary to carry out the provisions of this paragraph.

2. Recognizing the principle of equity in respect to the drain upon the natural resources of the United States of America, and of the participating countries, the Government of the Federal Republic of Germany will, when so requested by the Government of the United States of America, negotiate where applicable

a. A future schedule of minimum availabilities to the United States of America for future purchase and delivery of a fair share of materials originating in the Federal Republic which are required by the United States of America as a result of deficiencies or potential deficiencies in its own resources at world market prices so as to protect the access of United States industry to an equitable share of such materials either in percentages of production or in absolute quantities from the Federal Republic;

b. Arrangements providing suitable protection for the right of access for any citizen of the United States of America or any corporation, partnership, or other association created under the laws of the United States of America or of any state or territory thereof and substantially beneficially owned by citizens of the United States of America, in the development of such materials on terms of treatment equivalent to those afforded to the nationals of the Federal Republic; and

c. An agreed schedule of increased production of such materials where practicable in the Federal Republic and for delivery of an agreed percentage of such increased production to be transferred to the United States of America on a long-term basis in consideration of assistance furnished by the United States of America under this Agreement.

3. The Government of the Federal Republic of Germany, when so requested by the Government of the United States of America, will cooperate, wherever appropriate, to further the objectives of paragraphs 1 and 2 of this Article in respect of materials originating outside the Federal Republic of Germany.

Article VII

(Aid to Berlin)

The Federal Republic agrees to make available to the US, UK and French Sectors of Berlin, to the maximum extent possible, such assistance as may, in consultation between the Governments of the Federal Republic and of the City of Berlin, be determined to be required for the economic maintenance and development of that area.

Article VIII

(Travel Arrangements and Relief Supplies)

1. The Government of the Federal Republic of Germany will cooperate with the Government of the United States of America in facilitating and encouraging the promotion and development of travel by citizens of the United States of America to and within participating countries

2. The Government of the Federal Republic of Germany will, when so desired by the Government of the United States of America, enter into negotiations for agreements (including the provision of duty-free treatment under appropriate safeguards) to facilitate the entry into the Federal Republic of supplies of relief goods donated to or purchased by United States voluntary non-profit relief agencies and of relief packages originating in the United States of America and consigned to individuals residing in the Federal Republic.

Artikel IX

(Gegenseitige Beratung und Übermittlung von Informationen)

1. Die beiden Regierungen werden sich auf Wunsch einer derselben über jede Angelegenheit ins Benehmen setzen, die die Anwendung dieses Abkommens oder gemäß diesem Abkommen durchgeführte Maßnahmen und Vorkehrungen betrifft.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Form und in den Zeitabständen, die der Regierung der Bundesrepublik nach vorheriger Befragung seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika angegeben werden, übermitteln:

a. genaue Angaben über Projekte, Vorhaben und Maßnahmen, die von der Regierung der Bundesrepublik vorgeschlagen oder beschlossen worden sind, um die Bestimmungen dieses Abkommens und die allgemeinen Verpflichtungen der Konvention über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit durchzuführen,

b. eingehende Berichte über die aufgrund dieses Abkommens durchgeführten Maßnahmen einschließlich einer Aufstellung über die Verwendung der aufgrund desselben erhaltenen Mittel, Waren und Dienstleistungen, die in jedem Kalendervierteljahr zu erstatten sind,

c. Informationen über die Wirtschaft der Bundesrepublik und sonstige sachdienliche Mitteilungen, welche erforderlich sind zur Ergänzung der Informationen, die der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeleitet werden, und die die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika benötigt, um Umfang und Art der in dem Gesetz über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung vorgesehenen Maßnahmen zu bestimmen und die Wirksamkeit der im Sinne dieses Abkommens bereitgestellten oder geplanten Hilfeleistungen und den Fortschritt des gemeinsamen Wiederaufbauprogramms im allgemeinen beurteilen zu können.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika behilflich sein, über die im Artikel VI erwähnten und aus der Bundesrepublik stammenden Materialien diejenigen Mitteilungen zu erhalten, die für die Abfassung und die Durchführung der in diesem Artikel vorgesehenen Vereinbarungen erforderlich sind.

Artikel X

(Unterrichtung der Öffentlichkeit)

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland erkennen an, daß es in ihrem beiderseitigen Interesse liegt, die Öffentlichkeit weitgehendst über die Ziele und Fortschritte des gemeinsamen Programms für den europäischen Wiederaufbau und alle zur Förderung dieses Programms unternommenen Schritte zu unterrichten. Es wird anerkannt, daß eine weitgehende Verbreitung von Informationen über das Fortschreiten dieses Programms wünschenswert erscheint, um das Verständnis für gemeinsame Anstrengungen und gegenseitige Hilfe zu stärken, die für die Erreichung der Ziele dieses Programms wesentlich sind.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird die Verbreitung solcher Informationen fördern und sie den für die Unterrichtung der Öffentlichkeit zuständigen Stellen zugänglich machen.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Verbreitung solcher Nachrichten sowohl unmittelbar als auch im Zusammenwirken mit der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern. Sie wird solche Informationen den für die Unterrichtung der Öffentlichkeit zuständigen Stellen zugänglich machen und alle geeigneten Schritte unternehmen, damit die für eine Verbreitung der Nachrichten erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Sie wird weiterhin andere Teilnehmerstaaten und die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit weitgehend über die erzielten Fortschritte dieses Programms unterrichten.

4. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird vierteljährlich in der Bundesrepublik erschöpfende Berichte über die aufgrund dieses Abkommens durchgeführten Maßnahmen, einschließlich von Angaben über die Verwendung erhaltener Geldmittel, Waren und Dienstleistungen, veröffentlichen.

Article IX

(Consultation and Transmittal of Information)

1. The two Governments will, upon the request of either of them, consult regarding any matter relating to the application of this Agreement or to operations or arrangements carried out pursuant to this Agreement.

2. The Government of the Federal Republic of Germany will communicate to the Government of the United States of America in a form and at intervals to be indicated by the latter after consultation with the Government of the Federal Republic:

a. Detailed information of projects, programs and measures proposed or adopted by the Government of the Federal Republic to carry out the provisions of this Agreement and the General Obligations of the Convention for European Economic Cooperation;

b. Full statements of operations under this Agreement, including a statement of the use of funds, commodities and services received thereunder, such statements to be made in each calendar quarter;

c. Information regarding its economy and any other relevant information, necessary to supplement that obtained by the Government of the United States of America from the Organization for European Economic Cooperation which the Government of the United States of America may need to determine the nature and scope of operations under the Economic Cooperation Act of 1948 as amended, and to evaluate the effectiveness of assistance furnished or contemplated under this Agreement and generally the progress of the joint recovery program.

3. The Government of the Federal Republic of Germany will assist the Government of the United States of America to obtain information relating to the materials originating in the Federal Republic referred to in Article VI which is necessary to the formulation and execution of the arrangements provided for in that Article.

Article X

(Publicity)

1. The Government of the United States of America and the Federal Republic of Germany recognize that it is in their mutual interest that full publicity be given to the objectives and progress of the joint program for European recovery and of the actions taken in furtherance of that program. It is recognized that wide dissemination of information on the progress of the program is desirable in order to develop the sense of common effort and mutual aid which are essential to the accomplishment of the objectives of the program.

2. The Government of the United States of America will encourage the dissemination of such information and will make it available to the media of public information.

3. The Government of the Federal Republic of Germany will encourage the dissemination of such information both directly and in cooperation with the Organization for European Economic Cooperation. It will make such information available to the media of public information and take all practicable steps to ensure that appropriate facilities are provided for such dissemination. It will further provide other participating countries and the Organization for European Economic Cooperation with full information on the progress of the program for economic recovery.

4. The Government of the Federal Republic of Germany will make public in the Federal Republic in each calendar quarter full statements of operations under this Agreement, including information as to the use of funds, commodities and services received.

Artikel XI
(Missionen)

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist damit einverstanden, eine Sondermission für Wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzunehmen, welche die Aufgaben der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund dieses Abkommens in der Bundesrepublik wahrnimmt.

2. Nach entsprechender Benachrichtigung durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Sondermission und deren Personal, dem Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und seinem Stab sowie den Mitgliedern und dem Personal des Gemeinsamen Ausschusses für Auswärtige Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Joint Committee on Foreign Economic Cooperation) des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika die gebührenden besonderen Vergünstigungen einräumen und ihnen die erforderlichen Einrichtungen und die entsprechende Hilfe zur wirksamen Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen, um die Erreichung der Ziele dieses Abkommens zu gewährleisten.

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird unmittelbar und durch ihre Vertreter bei der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sondermission sowie dem Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und seinem Stab sowie den Mitgliedern und dem Personal des Gemeinsamen Ausschusses in jeder Beziehung Beistand leisten. Diese Zusammenarbeit umfaßt die Gewährung aller Informationen und die Bereitstellung aller Einrichtungen, die zur Beobachtung und Überwachung der Durchführung dieses Abkommens einschließlich der Verwendung der im Sinne dieses Abkommens gewährten Hilfeleistung erforderlich sind.

Artikel XII

(Unerfüllte Verbindlichkeiten und Verpflichtungen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ihr Einverständnis, alle Verbindlichkeiten der Militärgouverneure der Vereinigten Staaten oder des Vereinigten Königreichs, des Französischen Oberkommandierenden oder der Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs oder Frankreichs in Deutschland zu übernehmen, die von diesen vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens — aufgrund bzw. in Durchführung des Abkommens vom 14. Juli 1948 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den die Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Deutschland vertretenden Militärgouverneuren sowie des Abkommens vom 9. Juli 1948 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem die französische Besatzungszone in Deutschland vertretenden Französischen Oberkommandierenden oder aufgrund bzw. in Durchführung der Maßnahmen für die Hilfeleistung an Deutschland gemäß den entsprechenden Bestimmungen der Bewilligungsgesetze für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete — eingegangen wurden, und zwar in vollem Umfange, soweit die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten in den Zuständigkeitsbereich der Bundesrepublik Deutschland fällt. Die Regierung der Bundesrepublik wird darüber hinaus die volle Verantwortung im Zusammenhang mit sämtlichen Forderungen gegen die Militärgouverneure oder die Hohen Kommissare übernehmen, welche bereits bestehen sollten oder nachträglich in Verbindung mit Transaktionen entstehen sollten, die in Durchführung der oben angeführten Abkommen oder Vereinbarungen vorgenommen worden sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist ihrerseits damit einverstanden, alle Verpflichtungen zu erfüllen, die von ihr vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gemäß den oben erwähnten Abkommen eingegangen wurden.

Artikel XIII

(Begriffsbestimmungen)

Im Sinne dieses Abkommens ist

1. der Begriff „Teilnehmerstaat“:
 - a. jeder Staat, der den Bericht des Ausschusses für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 22. September 1947 in Paris unterzeichnet hat, ferner die Gebiete, für die dieser Staat die internationale Verantwortung trägt und auf die das zwischen diesem Staat und der Regierung der Ver-

Article XI
(Missions)

1. The Government of the Federal Republic of Germany agrees to receive a Special Mission for Economic Cooperation which will discharge the responsibilities of the Government of the United States of America in the Federal Republic under this Agreement.

2. The Government of the Federal Republic of Germany, upon appropriate notification from the Government of the United States, will accord appropriate courtesies to the Special Mission and its personnel the United States Special Representative in Europe and his staff, and the members and staff of the Joint Committee on Foreign Economic Cooperation of the Congress of the United States of America, and will grant them the facilities and assistance necessary to the effective performance of their responsibilities to assure the accomplishment of the purposes of this Agreement.

3. The Government of the Federal Republic of Germany, directly and through its representatives on the Organization for European Economic Cooperation will extend full cooperation to the Special Mission, to the United States Special Representative in Europe and his staff and to the members and the staff of the Joint Committee. Such cooperation shall include the provision of all information and facilities necessary to the observation and review of the carrying out of this Agreement, including the use of assistance furnished under it.

Article XII

(Outstanding Obligations and Commitments)

The Government of the Federal Republic of Germany agrees to assume any obligations of the United States or United Kingdom Military Governors, the French Commander-in-Chief, or the United States, United Kingdom, or French High Commissioners in Germany, undertaken, prior to the effective date of this Agreement, pursuant to or in carrying out the Agreements between the Government of the United States of America and said Military Governors acting on behalf of the United States and United Kingdom Occupied Areas in Germany, made on July 14, 1948, and between the Government of the United States of America and the French Commander-in-Chief in Germany, acting on behalf of the French Zone of Occupation of Germany, made on July 9, 1948, or pursuant to or in carrying out of arrangements for the provision of assistance to Germany authorized under applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas, to the full extent that the discharge of such obligation is within the jurisdiction of the Federal Republic of Germany. The Government of the Federal Republic further undertakes to assume full responsibility in connection with any and all claims against the Military Governors or the High Commissioners which may now exist or hereafter arise in connection with transactions entered into in carrying out the agreement or arrangements above referred to. The Government of the United States of America, for its part, agrees to honor any commitments made prior to the effective date of this Agreement, pursuant to the Agreements referred to above.

Article XIII

(Definitions)

As used in this Agreement:

1. The term „participating country“ means:
 - a. Any country which signed the report of the Committee of European Economic Cooperation at Paris on September 22, 1947, and territories for which it has international responsibility and to which the Economic Cooperation Agreement

einigten Staaten von Amerika geschlossene Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit Anwendung findet, und

a. jeder sonstige Staat (einschließlich jeder Besatzungszone in Deutschland, aller Gebiete unter internationaler Verwaltung und des Freistaates Triest oder jeder seiner Zonen), der ganz oder teilweise in Europa gelegen ist, einschließlich der abhängigen Gebiete, die seiner Verwaltung unterstehen.

Dies gilt so lange, wie ein solcher Staat Mitglied des Abkommens über Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist und an einem gemeinsamen Programm für den europäischen Wiederaufbau festhält, das dazu bestimmt ist, die Ziele dieses Abkommens zu verwirklichen.

2. der Begriff „bedingte Hilfe“:

Dollars, die von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgrund des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 in seiner geänderten Fassung einem Teilnehmerstaat unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werden, daß dieser Staat gleichwertige Hilfe in der Form von Ziehungsrechten in seiner eigenen Währung anderen Teilnehmerstaaten gewährt.

Artikel XIV

Die Auslegung dieses Abkommens soll in keiner Weise

a. zu Schritten berechtigten oder Schritte erforderlich machen, die nicht in Einklang stehen mit dem Besatzungsstatut oder mit gesetzgeberischen oder anderen Maßnahmen der Besatzungsbehörden oder mit Deutschland betreffenden Abkommen, die seitens oder im Namen der Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs untereinander oder gemeinsam mit anderen Regierungen (einschließlich des Abkommens über die Errichtung der Internationalen Ruhrbehörde) geschlossen worden sind;

b. die Verbindlichkeiten der Bundesrepublik aufgrund bestehender Abkommen oder Vereinbarungen, die im Namen Deutschlands getroffen worden sind, in irgendeiner Form berühren; oder

c. die gemeinsam oder einzeln ausgeübten Rechte oder Machtbefugnisse der Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs oder Frankreichs bezüglich Deutschlands, woraus auch immer sie hergeleitet und wie auch immer sie wahrgenommen werden, aufheben oder in irgendeiner Form einschränken.

Artikel XV

(Inkrafttreten, Abänderung, Geltungsdauer)

1. Dieses Abkommen tritt in Kraft, nachdem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung der Vereinigten Staaten davon in Kenntnis gesetzt hat, daß alle notwendigen rechtlichen Erfordernisse für den Abschluß dieses Abkommens durch die Bundesrepublik erfüllt sind. Vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 2 und 3 dieses Artikels wird es bis zum 30. Juni 1953 in Kraft bleiben und wird, falls nicht mindestens sechs Monate vor dem 30. Juni 1953 eine der beiden Regierungen der anderen schriftlich von ihrer Absicht, dieses Abkommen zu dem genannten Zeitpunkt zu beenden, Kenntnis gegeben hat, weiterhin bis zum Ablauf von sechs Monaten, vom Tage der Abgabe einer solchen Erklärung ab gerechnet, in Kraft bleiben.

2. Wenn während der Laufzeit dieses Abkommens eine der beiden Regierungen zu der Auffassung gelangen sollte, daß eine grundlegende Änderung hinsichtlich der dem Abkommen zugrundeliegenden Voraussetzungen eingetreten ist, so wird sie die andere Regierung schriftlich davon unterrichten, und die beiden Regierungen werden sich daraufhin über eine Ergänzung, Abänderung oder Beendigung dieses Abkommens ins Benehmen setzen. Sind die beiden Regierungen drei Monate nach Abgabe einer solchen Erklärung zu keiner Einigung über die nach den Umständen zu unternehmenden Schritte gekommen, so kann jede der beiden Regierungen der anderen schriftlich ihre Absicht mitteilen, das Abkommen zu beenden. Vorbehaltlich der Bestimmungen von Ziffer 3 dieses Artikels wird dieses Abkommen sodann seine Beendigung finden, und zwar:

a. sechs Monate nach dem Datum einer solchen Mitteilung über die beabsichtigte Beendigung,

b. nach Ablauf einer kürzeren Zeitspanne, sofern die Regierungen sie als ausreichend erachten, um die Erfüllung der Verpflichtungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich jeder Hilfeleistung sicherzustellen, die nach dem Datum einer solchen Mitteilung von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gewährt werden sollte,

concluded between that country and the Government of the United States of America has been applied; and

b. Any other country (including any of the Zones of Occupation of Germany, any areas under International administration or control and the Free Territory of Trieste or either of its zones) wholly or partly in Europe, together with dependent areas under its administration;

for so long as such country is a party to the Convention for European Economic Cooperation and adheres to a joint program for European recovery designed to accomplish the purposes of this Agreement.

2. The term „Conditional aid“ means dollars furnished by the Government of the United States under the authority of the Economic Cooperation Act of 1948, as amended, to a participating country on condition that such country advance equivalent aid in the form of drawing rights in its own currency to other participating countries.

Article XIV

Nothing in this Agreement shall be deemed to:

a. Authorize or require any action inconsistent with the Occupation Statute, or with legislation or other measures of the Occupation Authorities, or with agreements relating to Germany concluded by or on behalf of the Governments of the United States, the United Kingdom and France among themselves or jointly with other Governments (including the agreement establishing the International Authority for the Ruhr);

b. Affect in any way the obligations of the Federal Republic under existing agreements or arrangements entered into on behalf of Germany; or

c. Abrogate or in any way limit the rights or powers of the Governments of the United States, the United Kingdom or France, jointly or severally, in respect to Germany, from whatever source derived and however exercised.

Article XV

(Entry into Force, Amendment, Duration)

1. This Agreement shall become effective upon notification by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the United States that all necessary legal requirements in connection with the conclusion by the Federal Republic of this Agreement have been fulfilled. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of this Article, it shall remain in force until June 30, 1953, and, unless at least six months before June 30, 1953, either Government shall have given notice in writing to the other of intention to terminate the Agreement on that date, it shall remain in force thereafter until the expiration of six months from the date on which such notice shall have been given.

2. If during the life of this Agreement, either Government should consider there has been a fundamental change in the basic assumptions underlying this Agreement, it shall so notify the other Government in writing and the two Governments will thereupon consult with a view to agreeing upon the amendment, modification or termination of this Agreement. If, after three months from such notification the two Governments have not agreed upon the action to be taken in the circumstances, either Government may give notice in writing to the other of intention to terminate this Agreement. Then, subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, this Agreement shall terminate either:

a. Six months after the date of such notice of intention to terminate, or

b. After such shorter period as may be agreed to be sufficient to ensure that the obligations of the Government of the Federal Republic of Germany are performed in respect of any assistance which may continue to be furnished by the Government of the United States of America after the date of such notice; provided, however, that Article VI and para-

Indessen sollen Artikel VI und Ziffer 3 des Artikels IX bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Datum einer solchen Mitteilung von der beabsichtigten Beendigung dieses Abkommens, jedoch nicht länger als bis zum 30. Juni 1953, in Kraft bleiben.

3. Nebenabkommen und -vereinbarungen, die aufgrund dieses Abkommens abgeschlossen werden, können über den Zeitpunkt der Beendigung dieses Abkommens hinaus in Kraft bleiben. Die Geltungsdauer solcher Nebenabkommen und -vereinbarungen richtet sich nach deren Bestimmungen. Artikel IV und V bleiben so lange in Kraft, bis über alle Beträge in der Währung der Bundesrepublik Deutschland, die auf Grund der Bestimmungen der genannten Artikel eingezahlt werden müssen, nach den in diesen Artikeln enthaltenen Bestimmungen verfügt worden ist. Ziffer 2 des Artikels III bleibt so lange in Kraft, als die in diesem Artikel aufgeführten Garantiezahlungen von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika geleistet werden.

4. Dieses Abkommen kann jederzeit durch Übereinkommen zwischen den beiden Regierungen unter Beachtung der in jedem der beiden Länder bestehenden rechtlichen Verfahrensvorschriften abgeändert werden.

5. Der Anhang zu diesem Abkommen bildet einen integrierenden Bestandteil desselben.

6. Dieses Abkommen ist bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu registrieren.

Urkund dessen haben die zu diesem Zweck ordnungsgemäß bevollmächtigten entsprechenden Vertreter das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Gegeben in Bonn am fünfzehnten Dezember 1949 in doppelter Ausfertigung. Beide Texte sind authentisch.

Für die
Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Konrad Adenauer

Anhang
(Auslegungsbestimmungen)

1. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Erfordernisse von Ziffer 1 a., Artikel II, betreffend die Ergreifung von Maßnahmen für die zweckdienliche Verwendung von Hilfsquellen, wirksame Maßnahmen einschließen, die der Sicherung der im Sinne dieses Abkommens gelieferten Waren dienen und eine Umleitung solcher Waren in illegale und irreguläre Märkte oder Handelskanäle verhindern.

2. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Verpflichtung gemäß Ziffer 1 c., Artikel II, die Staatshaushalte so bald als möglich auszugleichen, kurzfristige Defizite nicht ausschließt, sondern eine Haushaltspolitik bedeutet, die einen Ausgleich der Haushalte auf lange Sicht zum Gegenstand hat.

3. Es besteht Einverständnis darüber, daß die in Ziffer 3, Artikel II, aufgeführten Geschäftspraktiken und Geschäftsabmachungen bedeuten:

- a. Festsetzung von Preisen, Bestimmungen und Bedingungen, die im Handel mit Dritten bei Ankauf, Verkauf oder miet- oder pachtweiser Überlassung von Erzeugnissen zu beachten sind;
- b. Ausschließung von Unternehmen von einem bestimmten Marktgebiet oder einem geschäftlichen Betätigungsfeld, deren Zuteilung oder Aufteilung, Zuweisung von Kunden oder Festsetzung von Verkaufs- oder Einkaufskontingenten;
- c. Diskriminierung gewisser Unternehmen;
- d. Beschränkung der Produktion oder Festsetzung von Produktionskontingenten;
- e. Verhinderung der Entwicklung oder Anwendung von technischen Verfahren oder patentierten oder nicht patentierten Erfindungen durch entsprechende Abmachungen;
- f. Ausdehnung der im Gebiet eines der vertragschließenden Länder gewährten Rechte aus Patenten, Schutzmarken oder Urheberrechten auf Angelegenheiten, auf die sich nach den Gesetzen und Bestimmungen dieses Vertragspartners die gesetzlich eingeräumten Rechte nicht erstrecken, oder auf Erzeugnisse oder Produktions-, Verwendungs- oder Verkaufsmethoden, welche ebenfalls nicht unter diese Rechte fallen;
- g. alle anderen Arten von Praktiken, über deren Einbeziehung die beiden Regierungen sich gegebenenfalls einigen.

Es besteht ferner Einverständnis darüber, daß alle Maßnahmen der Bundesrepublik in Bezug auf die obigen Praktiken den Bestimmungen des Artikels XIV dieses Abkommens unterliegen.

graph 3 of Article IX shall remain in effect until two years after the date of such notice of intention to terminate, but not later than June 30, 1953

3. Subsidiary agreements and arrangements negotiated pursuant to this Agreement may remain in force beyond the date of termination of this Agreement and the period of effectiveness of such subsidiary agreements and arrangements shall be governed by their own terms. Articles IV and V shall remain in effect until all the sums in the currency of the Federal Republic of Germany required to be deposited in accordance with its own terms have been disposed of as provided in these Articles. Paragraph 2 of Article III shall remain in effect for so long as the guaranty payments referred to in that Article may be made by the Government of the United States of America

4. This Agreement may be amended at any time by agreement between the two Governments, subject to required legal procedures in each Country.

5. The Annex to this Agreement forms an integral part thereof.

6. This Agreement shall be registered with the Secretary-General of the United Nations

In witness whereof the respective representatives, duly authorized for the purpose, have signed the present Agreement.

Done at Bonn, in duplicate, both texts authentic, this fifteenth day of December, 1949.

For the
Government of the United States of America
John McCloy.

Annex
(Interpretative Notes)

1. It is understood that the requirements of paragraph 1 (a) of Article II, relating to the adoption of measures for the efficient use of resources, would include, with respect to commodities furnished under the Agreement effective measures for safeguarding such commodities and for preventing their diversion to illegal or irregular markets or channels of trade.

2. It is understood that the obligation under paragraph 1 (c) of Article II to balance the budgets as soon as practicable would not preclude deficits over a short period but would mean a budgetary policy involving the balancing of the budgets in the long run.

3. It is understood that the business practices and business arrangements referred to in paragraph 3 of Article II mean:

- a) Fixing prices, terms or conditions to be observed in dealing with others in the purchase, sale or lease of any product;
- b) Excluding enterprises from, or allocating or dividing, any territorial market or fields of business activity, or allocating customers, or fixing sales quotas or purchase quotas;
- c) Discriminating against particular enterprises;
- d) Limiting production or fixing production quotas;
- e) Preventing by agreement the development or application of technology or invention whether patented or unpatented;
- f) Extending the use of rights under patents, trademarks or copyrights granted by either country to matters which, according to its laws and regulations, are not within the scope of such grants or to products or conditions of production, use or sale which are likewise not the subjects of such grants; and
- g) Such other practices as the two Governments may agree to include.

It is further understood that any undertakings of the Federal Republic with respect to the above practices will be subject to the provisions of Article XIV of this Agreement.

4. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, erst nachdem geeignete Erhebungen und Überprüfungen stattgefunden haben, verpflichtet ist, in besonderen Fällen Maßnahmen gemäß Ziffer 3, Artikel II zu ergreifen.

5. Es besteht Einverständnis darüber, daß das in Artikel IV, 2 d. genannte Datum der Benachrichtigung zum Zwecke der Bestimmung des Umwechslungskurses, welcher anzuwenden ist, bei der Errechnung des DM-Betrages, der den in Rechnung gestellten Dollarkosten in den Benachrichtigungen an die Regierung der Bundesrepublik entspricht, das Datum des letzten Tages der Verrechnungsperiode bedeuten soll, über die sich die Benachrichtigung erstreckt.

6. Es besteht Einverständnis darüber, daß die aufgrund der Bestimmungen des Artikels IV bestehende Verpflichtung der Bundesrepublik zur Einzahlung des Gegenwertes (counterpart) die Verpflichtung einschließt, bei Erhalt von Benachrichtigungen, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens erfolgen, den Gegenwert der Dollarkosten von Waren, Dienstleistungen und technischen Informationen einzuzahlen, deren Beschaffung vor Abschluß dieses Abkommens genehmigt wurde.

7. Es besteht Einverständnis darüber, daß die in Artikel VI vorkommende Wendung „unter gebührender Berücksichtigung der angemessenen Erfordernisse für den eigenen Bedarf der Bundesrepublik“ eine angemessene Vorratshaltung in den betreffenden Materialien einschließen soll, und daß der Ausdruck „handelsmäßiger Export“ Tauschgeschäfte mitumfassen kann. Es besteht ebenfalls Einverständnis darüber, daß im Falle der Auflösung von Warenlagern Abmachungen gemäß Artikel VI zweckmäßigerweise Bestimmungen über gegenseitige Beratung im Einklang mit den Grundsätzen des Artikels 32 der Charta von Havanna über eine internationale Handelsorganisation mitumfassen sollen.

8. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Bestimmungen von Ziffer 2 a., Artikel IX nicht ersucht werden wird, genaue Auskunft über kleinere Vorhaben oder vertrauliche wirtschaftliche oder technische Informationen zu erteilen, deren Bekanntwerden berechnete Handelsinteressen schädigen würde.

9. Die Auslegung von Artikel XIV soll in keiner Weise die Tatsache berühren, daß die Verpflichtung der Regierung der Vereinigten Staaten im Sinne des Artikels I dieses Abkommens beschränkt ist auf Hilfeleistung gemäß den Bestimmungen, Bedingungen und Befristungen des Gesetzes über Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948, den hierzu erlassenen Abänderungs- und Ergänzungsgesetzen und den entsprechenden Bewilligungsgesetzen, sowie auf Hilfeleistung gemäß den entsprechenden Bestimmungen der Bewilligungsgesetze für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete.

10. Bei der Festlegung der Verpflichtungen der Bundesrepublik gemäß Artikel VII dieses Abkommens wird der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltslage der Bundesrepublik und Berlins durch die Regierung der Vereinigten Staaten Rechnung getragen werden.

4. It is understood that the Government of the Federal Republic of Germany is obligated to take action in particular instances in accordance with paragraph 3 of Article II only after appropriate investigation or examination.

5. It is understood that the date of notification referred to in Article IV 2 (d) shall mean, for purposes of determining the conversion rate to be used in computing the amount in Deutsche Mark commensurate with the indicated dollar cost shown on any notification to the Government of the Federal Republic, the date of the last day of the disbursement period covered by such notification.

6. It is understood that the obligation of the Federal Republic to deposit counterpart under Article IV includes the obligation to deposit counterpart against any notification made subsequent to the effective date of this Agreement, of the dollar cost of commodities, services and technical information authorized for procurement prior to this Agreement.

7. It is understood that the phrase in Article VI, „After due regard for the reasonable requirements of the Federal Republic for domestic use“ would include the maintenance of reasonable stocks of the materials concerned and that the phrase „commercial export“ might include barter transactions. It is also understood that arrangements negotiated under Article VI might appropriately include provisions for consultation, in accordance with the principles of Article 32 of the Havana Charter of an International Trade Organization, in the event that stock piles are liquidated.

8. It is understood that the Government of the Federal Republic of Germany will not be requested, under paragraph 2 (a) of Article IX, to furnish detailed information about minor projects or confidential commercial or technical information the disclosure of which would injure legitimate commercial interests.

9. Nothing in Article XIV shall be deemed to affect in any way the fact that the undertaking of the Government of the United States under Article I of this Agreement is limited to furnishing assistance under the terms, conditions and termination provisions of the Economic Cooperation Act of 1948, Acts amendatory and supplementary thereto and Appropriation Acts thereunder, and to extending assistance under applicable provisions of Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas.

10. In the determination of the obligations of the Federal Republic under Article VII of this Agreement, account will be taken by the Government of the United States of the economic, financial and budgetary situation in the Federal Republic and in Berlin.

Die amtlichen Veröffentlichungsorgane der Bundesrepublik Deutschland

*Es wird darauf hingewiesen, daß z. Z. die folgenden amtlichen
Veröffentlichungsorgane der Bundesrepublik Deutschland erscheinen:*

Bundesgesetzblatt

Erscheinungsweise nach Bedarf, 1/4jährlich 2,— DM. Einzelnummer — 30 DM

Bundesanzeiger

Erscheinungsweise 5X wöchentlich (Dienstag—Sonnabend), 3.20 DM monatlich Einzelnummer — 20 DM

Ministerialblatt des Bundesministeriums der Finanzen

Erscheinungsweise 2X monatlich Ausgabe A 2seitig bedruckt, 1/4jährlich 2.40 DM Einzelnummer — 40 DM
Ausgabe B 1seitig bedruckt 1/4jährlich 3.20 DM. Einzelnummer — 50 DM

Ministerialblatt des Bundesministeriums für Wirtschaft

Erscheinungsweise 2X monatlich, 3,— DM 1/4jährlich, Einzelnummer — 50 DM

Die Bezugsbedingungen entsprechen den bisherigen des Teils I, Teil II kommt in Fortfall.

Ministerialblatt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Erscheinungsweise 2X monatlich, 2.80 DM 1/4jährlich, Einzelnummer — 40 DM

Vorstehende Veröffentlichungsorgane erscheinen im Verlag des Bundesanzeigers. Laufender Bezug nur durch die Post. Nachlieferungen von Einzelnummern nur gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto Nr. 3709 Ffm durch die Vertriebsabteilung des Bundesanzeigers Frankfurt am Main 1, Postfach.

Verkehrsblatt - Amtsblatt des Bundesverkehrsministeriums der Bundesrepublik Deutschland

Erscheinungsweise 2X monatlich 1/4jährlich 3,60 DM
Erscheint im Verlag: Verkehrs- und Wirtschafts-Verlag GmbH., Dortmund

Amtsblatt der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen

Erscheinungsweise 2X monatlich 1/4jährlich 3,— DM
Herausgegeben von der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen, Frankfurt am Main.

Sammelband:

Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947 - 1949 (WiGBI.)

In Halbleinen gebunden, Din A 4, 646 Seiten. Preis DM 12.—

Bestellungen an den Vertrieb des Bundesanzeigers, Frankfurt a. M. 1, Postfach, Tel. 32911

Das Bundesgesetzblatt erscheint nach Bedarf. Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich DM 2.— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelstücke zum Preise von DM 0.30 je Stück beim Verlag des „Bundesanzeiger“ in Bonn oder in Frankfurt. Zusendung einzelner Stücke per Streifenband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Frankfurt/Main 3709.
Druck: Kölner Pressdruck GmbH., Breite Straße 70.